



Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim (BIFR)

Mitglied im Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI)
"Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr"
und im Netzwerk "Stay Grounded"



06.11.2025

Klimaziele, Klimaklagen und Kipppunkte

Seit die durch die Nutzung fossiler Brennstoffe bedingten Klimaveränderungen als naturwissenschaftliches Faktum weitgehend anerkannt sind, wurden auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Ebenen [Klimaziele](#) formuliert, die diese Veränderungen begrenzen sollten.

Das wichtigste darunter ist das [Über-einkommen von Paris](#) aus dem Jahr 2015, in dem sich die Staaten der Welt verpflichten, "die globale Erwärmung auf „deutlich unter“ zwei Grad Celsius gegenüber der vor-industriellen Zeit zu begrenzen und Anstrengungen für eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius zu unternehmen".

Zehn Jahre später wissen wir, dass diese Ziele [praktisch nicht mehr erreichbar](#) sind. Eine globale Temperatur-Erhöhung von 1,5°C wurde bereits 2024 [erstmals überschritten](#), und seither nehmen die Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre [immer schneller zu](#). Der Guardian [zitiert](#) dazu den UN-Generalsekretär:

"Die Wahrheit ist, dass wir es versäumt haben, ein Überschreiten der 1,5°C in den nächsten Jahren zu verhindern. Und dieses Überschreiten der 1,5°C hat verheerende Konsequenzen."

(eigene Übersetzung, voller Wortlaut des Interviews [hier](#).)

Grund dafür ist ein allgemeines Roll-back in der Klimapolitik, speziell in den westlichen Industrieländern. An der Spitze liegen natürlich die USA, die unter Trump 2.0 erneut aus der [UN-Klimarahmenkonvention](#) ausgetreten sind.



So sollte es sein - aber ob es noch ein Museum zu besuchen geben wird, wenn diese Sorte endlich von der Macht verdrängt ist, ist sehr die Frage.

Die abgebildeten Personen sind (obere Reihe, von links nach rechts): F. Piëch, W. & F.O. Porsche (VW), S. Quandt, S. Klatten (BMW), K. Reiche (Wirtschaftsministerin), unbekannte Besucher, K.-M. Kühne (Kühne & Nagel, Lufthansa).

Bis auf die Dame in der Mitte (und wahrscheinlich die Besucher) gehören alle zu den zehn reichsten Familien Deutschlands, die ihr Vermögen überwiegend während der Nazi-Zeit und mit Aktivitäten auf der Basis der Nutzung fossiler Brennstoffe gemacht haben.

Unten: Ex- Blackrock -Funktionär und Bundeskanzler F. Merz.

Der Einfluss dieser Entscheidung und die praktischen Maßnahmen, die die US-Milliardärsclique vorantreibt ("Drill, Baby, drill!"), werden derzeit allerdings noch garnicht voll sichtbar, weil der Austritt erst zeitverzögert wirksam wird und die Maßnahmen der vorhergehenden Regierung noch nachwirken.

Aber auch Länder wie Deutschland und die EU allgemein sind dabei, ihre Klimaziele zurückzufahren. So hat es die EU wegen des Widerstands u.a. auch der Bundesregierung gegen das längst vereinbarte EU-Reduktionsziel für 2040 zunächst nicht geschafft, sich auf einen eigentlich verpflichtend vorzulegenden [Klimaplan](#) für die Mitte November beginnende [Welt-Klimakonferenz COP30](#) in Brasilien zu einigen, der Reduktionsziele bis 2035 enthalten müsste. Insgesamt hat wenige Tage vor der Konferenz nur rund ein Drittel der beteiligten Länder einen solchen Plan vorgelegt.

In allerletzter Minute haben sich die EU-Umweltminister*innen noch auf einen [faulen Kompromiss](#) geeinigt, der die bisherigen Ziele verwässert, grosse Schlupflöcher für Greenwashing öffnet und für 2035 einen "Zielkorridor" festlegt, der von dem, was wissenschaftlich als notwendig anerkannt ist, weit entfernt ist.

Und während Länder wie [China](#) (bei Emissionen auf Platz 1) und [Indien](#) (Platz 3) zumindest gemischte Signale mit einigen positiven Aspekten aussenden, zeigt Russland (Platz 4) sowohl in seiner [Wirtschaftspolitik](#) als auch in seiner [Kriegsführung](#) ähnlich wie die USA (Platz 2) komplette Ignoranz des Problems, das die eigene Existenz gefährdet.

Auch die Trends der Prozesse, die global im Wesentlichen die weitere Entwicklung der Klimaveränderungen bestimmen werden, wie der Verbrauch fossiler Brennstoffe, die Entwicklung der Ozeane, grossen Waldgebiete, Feuchtgebiete und Permafrostböden, aber auch die Investitionen in und Subventionen für fossile Brennstoffe und die Bereitstellung von Mitteln für Klimaschutz-Maßnahmen, zeigen ein [überwiegend negatives Bild](#).

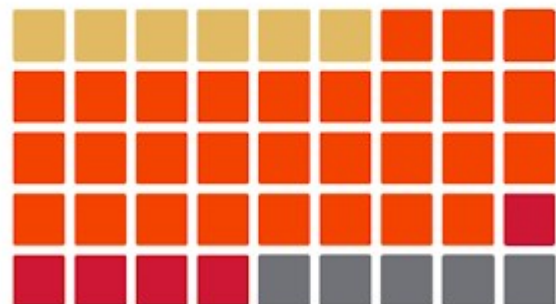
Wo die Entwicklungen wenigstens in die richtige Richtung gehen, wie bei dem Ausbau erneuerbarer Energien, sind sie zu langsam. In vielen Bereichen geht es aber auch in eine falsche Richtung oder sogar rückwärts, wie im Transportsektor. Insbesondere der sogenannte [Production Gap](#), die Differenz zwischen dem, was noch an CO₂ emittiert werden darf, und was an fossilen Brennstoffen noch gefördert werden soll, wächst beängstigend.

Das hat dazu geführt, dass selbst ansonsten gut bürgerliche, staatstragende Institutionen wie die Deutsche Physikalische Gesellschaft und die Deutsche Meteorologische Gesellschaft einen [Aufruf zu entschlossenem Handeln](#) veröffentlicht haben, in dem davor gewarnt wird, dass bei weiterem Nicht-Handeln die Klimaveränderungen sich beschleunigen werden und bereits 2050 eine [3°C-Welt](#) erreicht werden könnte, in der [globale Kippunkte](#) erreicht und überschritten werden, die das Weltklima in einen völlig neuen, kaum vorhersehbaren Zustand kippen lassen könnten.

Natürlich gibt es bei solchen Aussagen immer auch Kritiker, die [darauf hinweisen](#), dass sie noch nicht hinreichend wissenschaftlich abgesichert seien und bei Klima-Trends mindestens eine 30 Jahr-Periode betrachtet werden müsste, um verlässliche Aussagen zu machen. Das ist denen, die in diesen Bereichen forschen, aber [durchaus bewusst](#).

Globale Klima-Aktionen sind unzureichend: Kein Indikator ist auf Kurs zum Ziel 2030

✓ Auf Zielkurs
 ! Neben dem Zielkurs
 ✗ Weit weg vom Zielkurs
 ⬇ Falsche Richtung
 ? Zu wenig Daten



Quelle: WRI et al., State of Climate Action 2025

45 Indikatoren, und keiner im grünen Bereich: von der Entwicklung erneuerbarer Energien über den Schutz der natürlichen Kohlenstoff-Senken bis zur Klimafinanzierung zeigen alle Bereiche eine zu langsame oder sogar falsche Entwicklung. (Details siehe Bericht)

Wir durften Zeuge eines leider nicht weiter dokumentierten Streitgesprächs sein, in dem eine Vertreterin des DPG/DMG-Aufrufs einen solchen Kritiker (der sein Büro in einem Institut an der Ostsee-Küste hat) darauf hinwies, dass er möglicherweise in 30 Jahren dort keinen Schreibtisch mehr haben wird, von dem aus er diese Trends wissenschaftlich einwandfrei dokumentieren könne. Das ist ein (vielleicht etwas flapsiger) Hinweis auf eine einfache Tatsache: wenn die Hütte brennt, sollte man evakuieren und löschen - und nicht warten, bis die Brandursache eindeutig identifiziert ist.

Der Widerstand gegen diese Entwicklung der weiteren Beschleunigung der Klimakatastrophe tut sich derzeit allerdings weltweit und auch in Deutschland schwer. Massenmobilisierungen gelingen aktuell kaum noch, und auf der politischen Ebene ist das Thema zunehmend weniger präsent. Ein Bereich, in dem dagegen in den letzten Monaten und Jahren Erfolge erzielt werden konnten, sind die [juristischen Auseinandersetzungen](#). Das Instrument der [Klimaklagen](#) wurde international intensiv genutzt, bereits Mitte 2022 wurden mehr als 2.000 solcher Klagen gezählt, die zum grössten Teil [im angloamerikanischen Rechtsraum](#) vorgebracht wurden.

Hierzulande gab es 2021 ein richtungsweisendes [Urteil des Bundesverfassungsgerichts](#), das das damalige Klimaschutzgesetz in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärte und deutliche Nachbesserungen verlangte. Die wurden von der damaligen "Ampelkoalition" auch teilweise geliefert, werden allerdings von der derzeitigen Regierung weitestgehend [wieder zurückgenommen](#).

Aktuell hat ein [Urteil des Internationalen Gerichtshofs](#) die Chancen für die juristischen Auseinandersetzungen auf allen anderen Ebenen nochmal deutlich verbessert.

Aktuell laufen in Deutschland eine Reihe von Klageverfahren der Umweltverbände, darunter einige der [Deutschen Umwelthilfe](#) und von [Greenpeace](#), teils gemeinsam mit [Germanwatch](#). Das Bundesverfassungsgericht hat [signalisiert](#), dass es die Verfahren annimmt und Stellungnahmen der Beteiligten angefordert. U.a. der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat eine [Stellungnahme](#) vorgelegt, die die Intentionen der Kläger*innen [unterstützt](#). Der Kern dieser Stellungnahme ist bereits in der Ankündigung auf der SRU-Homepage genannt:

"In seiner Stellungnahme befasst sich der SRU unter anderem mit dem CO2-Budget und aktualisiert seine Budget-Berechnung auf den Stand von 2025. Die aktualisierte Berechnung bestätigt, dass das verbleibende deutsche Budget rasch schrumpft bzw. für die Temperaturobergrenze von 1,5 °C sogar schon verbraucht ist. ... Darüber hinaus befasst sich die Stellungnahme mit der im Juli 2024 erfolgten Novellierung des Klimaschutzgesetzes ... Der SRU kommt zum Schluss, dass die Novelle das Erreichen der gesetzlichen Klimaziele voraussichtlich erschwert."

Eine deutlichere Unterstützung der vorgebrachten Klagen ist kaum denkbar.

Aber die Bundesregierung, die ja auch sonst (Menschen-)Rechte und (internationale) Vereinbarungen [gern in Frage stellt](#), verzögert. Sie hat zunächst beim Verfassungsgericht eine Fristverlängerung für ihre Stellungnahme zu den Klagen beantragt, und alles deutet darauf hin, dass sie auch weiterhin auf Zeit spielen und die Klagen ins Leere laufen lassen will.

Inwieweit sie sich damit durchsetzen kann, muss sich erst noch zeigen, das Vorgehen verweist aber wieder einmal auf ein grundsätzliches Problem. Auch die (angeblichen) westlichen Rechtsstaaten sind inzwischen bereit, Urteile und Aussagen von Gerichten zu ignorieren oder zu umgehen, wenn sie zentralen politischen Zielen widersprechen. Die USA unter Trump sind immer noch ein extremes Beispiel, aber [in Europa](#) eifern ihnen von Ungarn unter Orban bis Deutschland unter Merz/Dobrindt nicht nur im Bereich der Immigration viele in der Relativierung und Ignorierung der Menschenrechte nach und liefern z.B. ehemalige Mitarbeiter*innen und ihre Familien [den Taliban aus](#) - im Bereich Klimaschutz und Klimagerechtigkeit gilt das Gleiche.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn ein bereits zitierter [Kommentar](#) zu dem "Zwischenfazit" kommt:

"Der wieder und wieder genährte Glaube, die schwache Klimapolitik der Regierung wenigstens vor Gericht stellen zu können, ist vorerst und auf längere Sicht zerstoßen. Der Klimaschutz befindet sich offenbar im freien Fall."

Die Luftverkehrswirtschaft trägt eifrig zu dieser Entwicklung bei. Die Details dazu werden in einem der folgenden Beiträge erörtert.

Quelle: www.bi-fluglaerm-raunheim.de, Aktuelles

Kontakt und v.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim

Dr. Horst Bröhl-Kerner, Sprecher

Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim

Tel. +49 6142 22577

Mail hbk@bifr.de

Web www.bi-fluglaerm-raunheim.de